

# Dresdner Nachrichten

Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.

Dr. Treibich's Augen-Heilanstalt Dresden, Pragerstrasse 43, II. Sprechzeit: 10-12 und 3-4 Uhr.

**Brühl & Guttentag,** Altmärkt 26. empfehlen in enormer Auswahl hervorragendste Neuheiten aller Tapissierarbeiten.

**Lacke und Farben** für Substraten, Möbel, Türen und Fenster. Carl Niedemann, Altmärkt 19, Neustadt, Heinrichstrasse 19.

5 Marienstr. 5 und Porticus. **G. D. Blass,** 5 Marienstr. 5 und Porticus. Wäsche-Ausstattungs-Geschäft, Complete Braut- u. Kinder-Ausstattungen. Nur eigenes Fabrikat, Billigste Preise.

**Die Tapissier-Manufactur C. Hesse, kgl. Hoflief., Dresden, Altmärkt,** meldet den Eingang ihrer Neuheiten für die bevorstehende Weihnachts-Saison und ladet zur Beschligung derselben ein.

Nr. 307. 29. Jahrgang. Auflage: 40,000 Expl. Dresden, 1884. Sonntag, 2. Nov.

**Examinations-Vorbereitung für Politisches Dr. Emil Oberst in Dresden**

Das wäre ein Beitrag der sich häufenden Wahlnachrichten gestaltet einmal einen Überblick und damit eine Uebersicht über die künftige Gestaltung der Volksoberkeit. Es fehlt nur noch aus 32 Kreisen die abschließende Meinung; 7 davon liegen in Wahl-Vorhingen, ihr Wahlergebnis kennt man im Voraus, auch ohne es zu wissen. Von den verbleibenden 25 Kreisen haben in 87 noch Stichwahlen stattgefunden; nahezu der dritte Theil des ganzen Reichstages muß also strenger eines zweiten Wahlkampfes passiren. Siamel, was das da agiert und gewirkt, gehandelt und geschickt, compromittirt und hinter sich gelassen werden! Die Parteien machen, ohne Ausnahme, die unersetzten Kautelen. Das ist nur in der Meinung. Aber die Wahlkämpfe, eigens für einen vorübergehenden Zweck, bringen wunderliche Dinge zum Vorschein. Ganz unmaßstäbliche Veränderungen gelten als erlaubt. Häufig wird ein künftiges Landgesetz abgelehnt. Die Parteien sagen sich: Wählen Sie eine Partei in dem Wahlkreis X meinen Candidaten, so wählen die meinsten in dem Wahlkreis Y den Meinigen! Jede Partei hat in den 25 Wahlkreisen, wo es zur Stichwahl kommt, bald gegen die, bald gegen jene Partei zu kämpfen. Wenn A. B. hier die Deutsch-Freiwilrige A mit die Stimmen der Sozialdemokraten werden, so müssen sie wo anders diese Partei aufs Heftigste bekämpfen und rechnen dabei auf Jüngung von den Konservativen und Liberalen. Ein solches Vorgehen giebt bei den Stichwahlen nicht; Jeder sieht zu, wie er am besten verfahren; es ist der Kampf Aller gegen Alle, die künftige Selbstsicherheit trümpelt. Die Wahlkämpfe, was bei diesen Parteien und Häupter des 87fachen Landtagsgeschäftes hervorkommt, haben freien Spielraum. Zunächst haben 27 Kreise die Wahlkreise. Der Gewinn, welchen Konservativen und Nationalliberale aus ihrem gemeinsamen Feldzug gegen die Deutsch-Freiwilrigen davongetragen, stellt sich mit jedem Tage immer deutlicher heraus. Die beiden Richtungen, in die sich im Wahlkämpfe die Konservativen ganz überflüssigerweise theilen (in Sachsen machen wir diese Theilung nicht mit), verfährt mit den Nationalliberalen bereits über 115 Sitze; die Nachwahlen werden ihnen weitere Dutzende an Einsen einbringen. Das Centrum verfährt ohne die 10 Stichwahlen, die es durchzumachen hat, über 80 Stimmen. Die Deutsch-Freiwilrigen, bisher 106 Mann stark, haben jetzt nur 31 feste Sitze und werden von den 25 Stichwahlen nur wenige mit glücklichen Ausgange durchsetzen. Was aber auch bei den Stichwahlen herauskommt — an der jetzt schon feststehenden Theilung; daß es eine feste Parität zwischen dem künftigen Reichstage ebensowenig geben wird, wie in dem bisherigen, ändern sich die Stichwahlen nicht. Weder die rechte, noch die linke Seite wird sich allein im Stande, etwas durchzusetzen. Ein gutes Mittel aller Sitze nimmt eben das Centrum ein. Wohin sich dieses wendet, dort wird die Mehrheit sein. Für die Bismarck wird alle alten Vorurtheile mit dem Centrum rechnen müssen. Nicht es ist nach dem, so kommt die ganze Sozial-Reform ins Stoden. Nicht es ist nach dem, so kann zur Befriedigung der gerechten Ansprüche der arbeitenden Klassen außerordentlich viel Wohlthätiges geschehen werden. Es ist und daher unverständlich, wie so in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen katholische Wähler die freiwilrigen Kandidaten unterstützen. Könt man die gefährliche Anleihe mit der Aufstellung von Wahlkandidaten einmal außer Acht lassen (ein weiteres Beispiel davon wird weiter unten aus Söbun berichtet), so erweist sich, die Unterstützung des deutsch-freiwilrigen Kandidaten in Jütten durch die Katholiken als eine höchst furchtliche Anleihe, die bei der künftigen Stichwahl noch schlimmer gut gemacht werden kann. Wie kann ein Katholik, dessen hervorragende Parteigenossen im Reichstage sich unter das Banner der kaiserlichen Reichspartei stellen, einem Deutsch-Freiwilrigen seine Stimme geben, dessen Partei sich gegen jede arbeitserwerbliche Maßregel auflehnt?

Was von der Fortschrittspartei! Das war, wie sich herausgestellt hat, die Partei, unter der die Wählermassen vor die Uene kamen. Die Größe der Fortschrittspartei eilt ihrem Ende zu. Das leidet der lokale Ausdruck der fortschrittlichen Stimmen in dem großen Saale. In Berlin betrug dieser Verlust 18,000, in Hamburg nur 20,000 (von den 1881 abgegebenen 38,324 Stimmen hätte diesmal der Fortschritt nur 18,543 ins Treffen.) Es ging hier mit solcher Siegesgewißheit in den Wahlkampf gegangenen Deutsch-Freiwilrigen in der Wahl wie in den etablierten Ton zwischen Richard Wagner's; es mischt sich eine das Ohr befeuchtende Note möglich ein, die Dissonanzen entwickeln sich immer stärker und unauflöslicher, bis sie zu einer anderen Harmonie anzuwachsen den früheren Wohlklang umschlingen und ihm allgemach auslösen. In ähnlichem Umbildungsprozeß begriffen, zeigt sich jetzt die Fortschrittspartei Deutschlands: los von der Fortschrittspartei! war der immer stärker anklingende Ton. Diese Trennung war die unvermeidliche Voraussetzung für die Möglichkeit wirklicher und bleibender sozialer Fortschritte. Wohl verschließt Niemand das Ohr vor einem anderen künftigen Ton, der aus dem dumpfen Brausen der Abklingenden herausklingt. Ein erheblicher Theil der Lohnarbeiter Deutschlands hat sich zu den Sozialdemokraten gestellt. Wie das geschehen ist, wurde schon mehrfach dargelegt; das Weiterwachsen der sozialdemokratischen Lehren zu verhalten, wird die erste Aufgabe aller Parteien sein. Es giebt dazu kein anderes Mittel, als die Abstellung wirklicher Schäden und zwar auf dem Boden der jetzigen Verfassung. Eine fröhliche Fortführung der sozialen Reform kann allein vor der löwen Bedrohung der jetzigen Kultur durch den Sturmhauf der Sozialrevolutionäre retten. Nur so kann die Arbeiter von dem ersten Willen der gefegenden Gewalt überzeugen, die Lebenslage der arbeitenden Klassen auf eine

höhere Stufe zu heben und ihnen einen reichlichen Genuß an den Gütern der heutigen Kultur zu gewährleisten. Erkennen dies die Arbeiter, so werden sie den Vorbedingungen der sozialdemokratischen Zwangsgebäude keinen Glauben mehr schenken. Denn das sozialdemokratische Programm hat den Untergang der jetzigen Kultur, die Auflösung aller Ordnung in einen Anarchismus zur Voraussetzung, zum Ende aber die Tirannei einiger weniger Ehrgeiziger über die gefügigsten Volksmasse.

Durch das Einfallen des Wahlgewitters wurde die Aufmerksamkeitskraft von allen anderen Dingen des Tages abgelenkt. Im Vorübergehen sei nur hier gestreift, daß die Kongresskommission in Berlin demnächst zusammentritt, daß die Lage der Anarchisten in Tonkin und China beschränkt als je ist, daß England sich dies zu Nutze macht, um sich des Kolonial-Reiches zu bemächtigen, daß in Holland und der Schweiz ganz wie in Deutschland Erneuerungswünsche für die gefegenden Körper stattfinden, welche aber in der Hauptstadt die höhere Zusammenkunft derselben ergaben, daß in England und Frankreich die Parlamente in voller Thätigkeit begriffen sind, daß das neue Ministerium in Belgien kaum Aussicht hat, noch lange zu bestehen u. s. w. Es ist für heute unmöglich, dieser Aufzählung Eklaterenzen beizufügen. Auch die Mittheilungen über die Finanzlage des deutschen Reichs, die sich infolge des Zustandebleibens einiger Einnahmestellen ein wenig unangenehm anläßt, verlangen eine andere als bloß flüchtige Betrachtung. Heute nur ein Wort über die braunschweigische Frage! Was das Volk Braunschweigs über das Regiment seines Herzogs denkt, schildern die in der Tagesgeschichte zu lesenden Berichte. Die Kronfolge selbst aber anzugeben, so haben die Welten ihrem Erfahren, dem Herzog von Cumberland, selbst den schließlichen Theil gewährt. Sie sind päpstlich als der Papst. Das Patent, mittelst welchen Cumberland „Reichs ergriff“, enthält demnach die Anerkennung des deutschen Reichs. Die Reichserkennung ist aber eine Vertragsbedingung, durch welche die sämtlichen Bundesfürsten sich gegenseitig den Besitz ihrer Staaten in deren gegenwärtigem Besitze versichern. Durch Übernahme der Regierung eines Bundesstaats auf Grund der Reichserkennung übernimmt Cumberland also auch die Pflichten für den Bestand des jetzigen Reichs, d. h. einschließlich der Provinz Hannover und erkennt damit die Einverleibung des Königreichs Hannover an Preußen als zu Recht bestehend an. Er hat in dem Patente sein Aushenken versprochen; für keinen Charakter ist in die Reichserkennung seine Erklärung kein Zweifel zu legen. Nun aber sagen die Welten in Hannover: ohne Zustimmung des hannoverschen Volkes war Cumberland von Kaiserlichen der Anarchie des Reichthums auf Hannover übergeben nicht berechtigt; die Anarchie des Reichthums; Cumberland solle als braunschweigischer Herzog die versprechen. Darauf kann sich aber unmöglich Kaiser und Reich einlassen. Es ist recht wohl denkbar, daß der Bundesrath die Erbverträge Cumberland auf den braunschweigischen Herzogstuhl anerkennt (wie er es auch), aber gleichzeitig erklärt: Zu ihm behindert, sie auszuüben. „An unzulässig“ wird man Cumberland nicht erklären, aber ihr „behindert“. Dann muß eben dem Regententhum zufolge ein anderer Herzog gewählt werden.

**Reuele Telegramme der „Dresdner Nachr.“ vom 1. Novbr.**

Berlin. Der Kaiser empfing heute Nachmittag im Beisein des Reichskanzlers die braunschweigischen Staatsminister v. Göhr und Briesner, sowie den hannoverschen Kammerpräsidenten v. Reichen. — Gestern Abend konnte der Kronprinz dem künftigen Kaiser einen längeren Besuch ab. — Nach den bis jetzt vorliegenden Nachrichten stellt sich das Gesamtergebnis der Reichswahlen wie folgt: Deutsch-Freiwilrige: 16 gewählt und 50 Stichwahlen; Nationalliberale: 41 gewählt und 16 Stichwahlen; Reichspartei: 19 gewählt und 6 Stichwahlen; Konservativ: 68 gewählt und 31 Stichwahlen; Centrum: 94 gewählt und 14 Stichwahlen; Sozialdemokraten: 10 gewählt und 5 Stichwahlen; Polen: 16 gewählt und 4 Stichwahlen; Welten: 5 gewählt und 7 Stichwahlen; Volkspartei: 2 gewählt und 6 Stichwahlen; Gläubler: 14 gewählt und 1 Stichwahl; Däne: 1 gewählt, demnach 32 feste Reichstäte und 15 Stichwahlen, zusammen 37. — Der bekannte Streit zwischen dem Herzog von Koburg und dem Herzog von Coburg hat sein Ende erreicht. Die amtliche Koburger Zeitung bemerkt jetzt anlässlich eines Artikels in einem Hamburger Blatte: In Bezug auf die Herzogin von Coburgung und betont werden, daß nur zufällige Umstände die eifrige Frau vergangener Sommer von ihrem Lande fern gehalten haben, wo sie gewiß wie immer von der Koburger Bevölkerung auf's Freundschaftlichste begrüßt werden wäre, untermehr, als man hört, daß der Herzog von Coburg dem Herzog von Koburg, dem Chei des Hauses und seinem Enkel, vollkommene Ehrenentwärtung für das Geschickense gegeben habe, jedoch damit das alte herzogliche Gauenrecht völlig wieder hergestellt ist.

Berlin. Wolff's Banca meldet über das Wahlergebnis nach nunmehr fast vollständigem offiziellen Wahlergebnis: 100 Stichwahlen haben stattgefunden, gewählt wurden 63 Konservativ (früher 62), 22 von der Reichspartei (früher 24), 42 Nationalliberale (früher 52), 27 Freiwilrige (früher 100), 89 von Centrum (früher 106), 2 von der Volkspartei (früher 9), 9 Sozialisten (früher 13), 16 Polen (früher 18), 14 Gläubler, 4 Welten (früher 4). Es fehlen noch 9 Reichstäte. Für Stichwahl stehen 32 Konservativ, 11 von der Reichspartei, 5 Nationalliberale, 4 Freiwilrige, 1 von Centrum, 6 von der Volkspartei, 2 Sozialisten, 4 Polen, 7 Welten, 2 Dänen, 1 Gläubler.

Bromberg. In dem Prozesse Müller, Königgräber, wegen Verletzung des Staatsministeriums und des Reichskanzlers erklärte der Gerichtshof auf Freisprechung, da durch die Beugenaussagen der Beweis nicht erbracht ist, daß der Wortlaut des vom Bromberger Tageblatt gebrauchten Berichtes mit dem von Müller in der Versammlung vom 14. März Gesagten identisch ist.

Rom. Gestern kamen in den inkognito Besorgungen 19 Eskorten und 14 Todesfälle vor.

Die Berliner Börse zeigte nur für spekulative Banken Festigkeit. Kreditaktien wurden 5 Proz. Diskontogewinn 1 1/2 Proz. höher. Sonst überwiegen keine Abweichungen. Deutsche Banken sehr still und ziemlich gut bedarft. Braunkohlenmarkt und angelegene Eisenbahnwerke still und nicht leuchtend. Fremde Renten hatten weniger Verkehr als an den Vor Tagen. Renten eher schwächer. Am Kassaverkehr war wenig Leben. Die Kurse wurden meist behauptet. Oesterreichische Banken und österr. Reichsbank blieben etwas belebt.

Dr. Treibich's Augen-Heilanstalt Dresden, Pragerstrasse 43, II. Sprechzeit: 10-12 und 3-4 Uhr.